

Inhalt

■ Ausschreibungen.....	4
ERASMUS+ - Zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit im Jugendbereich (Betriebskostenzuschüsse)	4
ERASMUS+ - Zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit im Bereich Bildung und Ausbildung (Betriebskostenzuschüsse)	5
ERASMUS+ - Virtuelle Austausche im Hochschul- und Jugendbereich (Westbalkan / andere spezifische Regionen der Welt)	5
■ EU-Politik.....	7
Notfallplan für die Lebensmittelversorgung und Ernährungssicherheit in Krisenzeiten.....	7
Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft 2021	7
Europäische Gesundheitsunion: zwei neue COVID-19-Therapeutika	8
Herbstprognose 2021: Von der Erholung zur Expansion – trotz Gegenwinds.....	8
EU-Programm „Digitales Europa“	9
Coronavirus: Kommission genehmigt Vertrag mit Valneva	10
Gemeinsamer Kulturerbe-Datenraum in Europa	10
Eurobarometer „Europa der Regionen“	11
EU auf der Weltklimakonferenz COP26	11
Humanitäre Soforthilfe Flutopfer im Südsudan	12
Handelshilfe: EU nach wie vor größter Geber weltweit.....	12

Stärkung der Europäischen Arzneimittel-Agentur	13
Gleichstellungsindex 2021: Europa kommt bei der Gleichstellung kaum voran	13
Türkei kann an wichtigen EU-Programmen für Forschung, Innovation und Bildung teilnehmen	14
Erholung und Wachstum der Kultur- und Kreativbranche in Europa	15
Konferenz zur Zukunft Europas: Ergebnisse der zweiten Plenarversammlung	15
Umfrage zum Europäischen Jahr der Jugend 2022 gestartet	16
EU-Katastrophenschutz feiert sein 20-jähriges Bestehen	17
Kommission gestaltet Erasmus+ und Europäisches Solidaritätskorps inklusiver	17
Portfolio mit den zehn aussichtsreichsten COVID-19-Therapeutika	18
Arbeitsprogramm der Kommission für 2022.....	19
Digitales COVID-Zertifikat der EU	19
■ Veranstaltungen.....	20
EU-Jugendprogramme: Projektwerkstatt für junge Menschen	20
Europäische Städtepartnerschaften entwickeln.....	20

Impressum

Der EUFIS-Newsletter ist ein Gemeinschaftsprodukt der Bank für Sozialwirtschaft AG, Konrad-Adenauer-Ufer 85, 50668 Köln und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands - Gesamtverband e.V., Oranienburgerstraße 13-14, D-10178 Berlin.

Redaktion:

Für die Bank für Sozialwirtschaft:

BFS Europabüro, Rue de Pascale 4-6, B-1040 Brüssel, Tel. +32 2230 3922, Fax + 32 2280 2778 E-Mail h.braem@sozialbank.de, Internet www.sozialbank.de

Für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e.V:

Dr. Joachim Rock und Tilo Liewald, Tel. +49 30 24636 303, E-Mail: europa@paritaet.org.

Kopieren, veröffentlichen, verändern oder sonstige Verwertungen (auch auszugsweise) sowie die Weitergabe der von der Bank für Sozialwirtschaft gelieferten Inhalte außerhalb der Gliederungen und Mitglieder des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e.V. sind nicht gestattet. Abweichende Regelungen sind nur mit Zustimmung der Bank für Sozialwirtschaft möglich. Das Urheberrecht ist zu beachten. Die Herausgeber übernehmen keine Haftung für Verzögerungen, Irrtümer oder Unterlassungen.

Der EUFIS-Newsletter erscheint in der Regel in zwölf Ausgaben pro Jahr. Redaktionsschluss der Ausgabe November 2021 ist der 15.11.2021.

■ Ausschreibungen

ERASMUS+ - Zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit im Jugendbereich (Betriebskostenzuschüsse)

Die Europäische Kommission hat im Rahmen des ERASMUS+-Programms einen Aufruf für Betriebskostenzuschüsse für die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit im Jugendbereich ausgeschrieben. Die Einreichfrist endet am **15.12.2021**.

Ziel der Aufforderung ist es, im Jugendbereich tätige europäische Nichtregierungsorganisationen (ENGOs) und EU-weite Netzwerke mit folgenden allgemeinen Zielen strukturell zu unterstützen (Betriebskostenzuschüsse):

- Sensibilisierung für europäische politische Agenden im Jugendbereich, insbesondere die EU-Jugendstrategie 2019-2027, einschließlich der europäischen Jugendziele;
- Stärkung des Engagements der Interessenträger und der Zusammenarbeit mit Behörden zur Umsetzung von Politiken und Reformen im Jugendbereich;
- Förderung der Beteiligung von Interessengruppen im Jugendbereich, auch durch Ausbau des Potenzials der digitalen Kommunikation neben anderen Beteiligungsformen;
- Förderung der Einbeziehung der Interessengruppen in die Verbreitung von Maßnahmen und Ergebnissen des Programms und der Politik sowie bewährter Verfahren unter ihren Mitgliedern und darüber hinaus;
- Maßnahmen entwickeln, fördern und unterstützen, um Jugendliche im Sinne der EU-Jugendstrategie einzubinden, zu vernetzen und zu stärken;
- Stärkung des Bewusstseins und der Beteiligung junger Menschen an EU-Maßnahmen für junge Menschen;
- Förderung der Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Verbreitung von Politik- und Programmmaßnahmen, einschließlich der Ergebnisse und bewährter Verfahren unter ihren Mitgliedern und darüber hinaus.

Diese allgemeinen Ziele stützen sich auf die Stärken von Jugend-ENRO und EU-weiten Netzwerken und auf deren Fähigkeit, eine große Zahl interessierter Kreise zu erreichen und die politischen Prioritäten der EU zu vertreten. Sie sollten daher klar in die Arbeitspläne, Aktivitäten und Leistungen der antragstellenden Organisationen eingebettet sein.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

ERASMUS+ - Zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit im Bereich Bildung und Ausbildung (Betriebskostenzuschüsse)

Die Europäische Kommission hat im Rahmen von ERASMUS+ einen Aufruf für Betriebskostenzuschüsse im Bereich der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit im Bereich Bildung und Ausbildung veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **15.12.2021**.

Ziel der vorliegenden Aufforderung ist es, im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung tätige europäische Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und EU-weite Netzwerke mit folgenden allgemeinen Zielen strukturell zu unterstützen (Betriebskostenzuschüsse):

- Sensibilisierung für europäische politische Agenden in der allgemeinen und beruflichen Bildung;
- Stärkung des Engagements der Interessenträger und der Zusammenarbeit mit Behörden bei der Umsetzung von Politiken und Reformen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung;
- Förderung der Beteiligung von Interessengruppen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung;
- Förderung der Einbeziehung der Interessengruppen in die Verbreitung von Maßnahmen und Ergebnissen des Programms und der Politik sowie bewährter Verfahren unter ihren Mitgliedern und darüber hinaus;
- Förderung der Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Verbreitung von Politik- und Programmmaßnahmen.

Speziell für 2022 wird auch Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Europäischen Jahr der Jugend Priorität eingeräumt.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

ERASMUS+ - Virtuelle Austausche im Hochschul- und Jugendbereich (Westbalkan / andere spezifische Regionen der Welt)

Die Europäische Kommission hat im Rahmen des ERASMUS+-Programms zwei Aufrufe zu Projektstipendien für virtuelle Austausche im Hochschul- und Jugendbereich ausgeschrieben. Diese beziehen sich auf den Westbalkan sowie auf andere spezifische Regionen der Welt. Die Einreichfrist endet jeweils am **22.02.2022**.

Die spezifischen Ziele dieser Aufforderung lauten:

- Förderung des interkulturellen Dialogs mit Drittländern, die nicht mit dem Programm verbunden sind, und Erhöhung der Toleranz durch Online-Interaktionen zwischen Menschen, aufbauend auf digitalen, jugendfreundlichen Technologien;
- Förderung verschiedener Arten des virtuellen Austauschs als Ergänzung zur physischen Mobilität im Rahmen von Erasmus+;
- Verbesserung des kritischen Denkens und der Medienkompetenz, insbesondere bei der Nutzung des Internets und sozialer Medien;
- Förderung der Entwicklung digitaler und sozialer Kompetenzen von Studierenden, jungen Menschen und Jugendarbeiter*innen;
- Förderung der Staatsbürgerschaft und der gemeinsamen Werte Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung durch Bildung;
- Stärkung der Jugenddimension in den Beziehungen der EU zu Drittstaaten.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#) (Westbalkan).

Weitere Informationen finden Sie [hier](#) (andere spezifische Regionen der Welt).

■ EU-Politik

Notfallplan für die Lebensmittelversorgung und Ernährungssicherheit in Krisenzeiten

Aufgrund der COVID-19-Krise und wie in der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ angekündigt, beabsichtigt die EU, die Koordinierung auf europäischer Ebene zu verstärken, damit die Bürger*innen in Krisenzeiten nicht mit Lebensmittelengpässen konfrontiert sind.

In dem am 12.11.2021 angenommenen Notfallplan wird die allgemeine Widerstandsfähigkeit der Lebensmittelversorgungskette in der EU anerkannt. Es werden Schwachstellen aufgezeigt und Maßnahmen zur Verbesserung der Vorsorge auf EU-Ebene vorgeschlagen. Zu diesem Zweck wird die Kommission einen *Europäischen Mechanismus zur Krisenvorsorge und Krisenreaktion im Bereich der Ernährungssicherheit (EFSCM)*, d.h. eine von der Kommission koordinierte Gruppe von Expert*innen zur Lebensmittelversorgungskette einrichten, um Daten und Verfahren auszutauschen und die Koordinierung zu verstärken.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5903

Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft 2021

Die Kommission hat am 12.11.2021 die Ergebnisse des Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft 2021 (*Digital Economy and Society Index, DESI*) veröffentlicht, mit dem die Fortschritte der EU-Mitgliedstaaten bei der digitalen Wettbewerbsfähigkeit in den Bereichen Humankapital, Breitbandanbindung, Integration digitaler Technik in Unternehmen und digitale öffentliche Dienste verfolgt werden.

Obwohl alle EU-Mitgliedstaaten im digitalen Bereich Fortschritte erzielt haben, bleibt das Gesamtbild in den Mitgliedstaaten uneinheitlich. Trotz einer gewissen Annäherung besteht nach wie vor eine große Kluft zwischen den Vorreitern der EU und den Ländern mit den niedrigsten Werten im DESI. Trotz dieser Verbesserungen werden alle Mitgliedstaaten noch konzertierte Anstrengungen unternehmen müssen, um die für Europas digitale Dekade festgelegten Ziele für 2030 zu erreichen.

Ergänzend zum DESI-Bericht wird eine weitere Studie veröffentlicht. Sie betrifft eine Umfrage zum [Beitrag der IKT zu den Bemühungen der EU-Unternehmen um ökologische Nachhaltigkeit](#), die ergeben hat, dass 66% der befragten Unternehmen IKT-Lösungen als Mittel zur Verringerung ihres ökologischen Fußabdrucks einsetzen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5481

Europäische Gesundheitsunion: zwei neue COVID-19-Therapeutika

Die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) hat am 11.11.2021 eine befürwortende Stellungnahme zu zwei COVID-19-Therapeutika (Ronapreve und Regkirona) abgegeben, die von der Kommission im Rahmen der [EU-Strategie für COVID-19-Therapeutika](#) als vielversprechende Therapeutika eingestuft worden waren. Beide Arzneimittel werden in frühen Stadien der Infektion eingesetzt und beruhen auf antiviralen monoklonalen Antikörpern.

Mit der EU-Therapeutika-Strategie soll ein breites Portfolio an COVID-19-Heilmitteln mit dem Ziel aufgebaut werden, bis zum Ende des Jahres drei bis fünf neue Mittel zur Verfügung zu haben. Sie deckt den gesamten Arzneimittel-Lebenszyklus von der Forschung und Entwicklung über die Auswahl aussichtsreicher Kandidaten bis hin zur raschen vorschriftsmäßigen Zulassung und zur Herstellung und Bereitstellung für die tatsächliche Anwendung ab.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5901

Herbstprognose 2021: Von der Erholung zur Expansion – trotz Gegenwinds

Die Wirtschaft der EU erholt sich schneller als erwartet von der pandemiebedingten Rezession. Vor dem Hintergrund der fortschreitenden Impfkampagnen und der schrittweisen Aufhebung der Beschränkungen setzte das Wachstum im Frühjahr wieder ein und konnte sich dank der Wiederbelebung der Wirtschaft auch während des Sommers halten.

Trotz des zunehmenden Gegenwinds dürfte die EU-Wirtschaft im Prognosezeitraum weiter wachsen und in den Jahren 2021, 2022 und 2023 eine Wachstumsrate von 5%, 4,3% bzw. 2,5% erreichen.

Den Projektionen zufolge werden die Wachstumsraten im Euro-Währungsgebiet in den Jahren 2021 und 2022 denen in der EU entsprechen; im Jahr 2023 soll das Wachstum im Euro-Währungsgebiet hingegen 2,4% betragen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5883

EU-Programm „Digitales Europa“

Die Kommission hat drei Arbeitsprogramme für das [Programm Digitales Europa](#) angenommen, in denen die Ziele und besonderen Themenbereiche aufgeführt sind, für die Mittel in Höhe von insgesamt 1,98 Mrd. Euro bereitgestellt werden. Diese erste Reihe von Arbeitsprogrammen sieht strategische Investitionen vor, die entscheidend für die Verwirklichung der Ziele der Kommission mit Blick auf [Europas digitale Dekade](#) sein werden. Das Programm Digitales Europa zielt darauf ab, Europas technologische Souveränität zu stärken und digitale Lösungen zum Nutzen der Bürger*innen, der öffentlichen Verwaltungen und der Unternehmen auf den Markt zu bringen.

Das *Hauptarbeitsprogramm* hat ein Budget von 1,38 Mrd. Euro. In seinem Mittelpunkt stehen Investitionen in den Bereichen künstliche Intelligenz (KI), Cloud und Datenräume, Quantenkommunikationsinfrastruktur, fortgeschrittene digitale Kompetenzen sowie die breite Nutzung digitaler Technik in Wirtschaft und Gesellschaft bis Ende 2022. Neben diesem Hauptarbeitsprogramm hat die Kommission zwei spezifische Arbeitsprogramme zur *Cybersicherheit* und zum Betrieb des Netzes *europäischer Zentren für digitale Innovation* veröffentlicht.

Die ersten Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für das Programm Digitales Europa werden Ende November veröffentlicht, weitere Aufforderungen werden dann im Jahr 2022 folgen..

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5863

Coronavirus: Kommission genehmigt Vertrag mit Valneva

Die Europäische Kommission hat am 10.11.2021 den achten Vertrag mit einem Pharmaunternehmen über den Ankauf seines potenziellen Impfstoffs gegen COVID-19 genehmigt. Der Vertrag mit Valneva eröffnet allen EU-Mitgliedstaaten die Möglichkeit, im Jahr 2022 fast 27 Mio- Dosen zu kaufen. Er sieht zudem vor, dass der Impfstoff an neue Variantenstämme angepasst werden kann, und die Mitgliedstaaten können 2023 bis zu 33 Mio. weitere Impfstoffdosen nachbestellen.

Der Vertrag mit Valneva ergänzt das bereits gesicherte umfangreiche Portfolio an Impfstoffen, die in Europa produziert werden sollen.

Dieses breit gefächerte Impfstoffportfolio gewährleistet, dass Europa gut für die Durchführung der Impfungen vorbereitet ist, sobald sich die Impfstoffe als sicher und wirksam erwiesen haben. Die Mitgliedstaaten haben die Möglichkeit, den Impfstoff Ländern mit niedrigen oder mittleren Einkommen zu spenden oder ihn anderen europäischen Ländern zukommen zu lassen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5784

Gemeinsamer Kulturerbe-Datenraum in Europa

Alle Denkmäler und Stätten, Objekte und Artefakte des kulturellen Erbes sollen für künftige Generationen digital erhalten werden. Dafür hat die EU-Kommission am 10.11.2021 empfohlen, einen gemeinsamen europäischen Datenraum für das kulturelle Erbe empfohlen. Grundlage soll die digitale Kulturplattform Europeana sein.

Die Europeana soll Museen, Galerien, Bibliotheken und Archiven in ganz Europa ermöglichen, digitalisierte Bilder des kulturellen Erbes wie 3D-Modelle historischer Stätten und qualitativ hochwertige Scans von Gemälden gemeinsam zu nutzen und weiterzuverwenden.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/gemeinsamer-kulturerbe-datenraum-europa-bis-2030-sollen-alle-stark-gefahreneten-denkmaler-2021-11-10_de

Eurobarometer „Europa der Regionen“

In Deutschland ist das Vertrauen in die Europäische Union besonders hoch in Hessen (73%), Niedersachsen und Bremen (beide 71%) sowie in Rheinland-Pfalz und Hamburg (beide 70%). Mit 53% ist das Vertrauen in Mecklenburg-Vorpommern am geringsten. Zu diesen Ergebnissen kommt eine am 09.11.2021 vorgestellte Eurobarometer-Umfrage „Europa der Regionen“. Für die Umfrage wurden zwischen September und Oktober in den Regionen der 27 Mitgliedstaaten Interviews mit über 62000 Bürger*innen geführt.

Mehr als acht von zehn Europäer*innen (83%) geben an, dass die Lebensqualität in ihrer Region gut ist, während 68% der Meinung sind, dass die wirtschaftliche Lage ihrer Region gut ist. In den deutschen Bundesländern schätzen die Menschen in Bayern und Baden-Württemberg die wirtschaftliche Lage ihres Bundeslandes als sehr oder ziemlich positiv ein (Baden-Württemberg: 32% / 60%; Bayern: 40% / 51%). Mit ihrer Lebensqualität sind die meisten Befragten in Hessen und Schleswig-Holstein (beide 96%) zufrieden, in Bayern sind 47% und in Schleswig-Holstein sind 41% sogar sehr zufrieden.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eurobarometer-europa-der-regionen-vertrauen-die-europaische-union-ist-besonders-hoch-hessen-bremen-2021-11-09_de

EU auf der Weltklimakonferenz COP26

Während der hochrangigen Plenartagung am 09.11.2021 auf der Weltklimakonferenz COP 26 sagte die Europäische Kommission Mittel in Höhe von 100 Mio. Euro für den Fonds zur Anpassung an den Klimawandel zu.

Dieser zusätzliche Beitrag in Höhe von 100 Mio. Euro aus dem EU-Haushalt ist mit Abstand die höchste Mittelzusage für den Anpassungsfonds auf der COP 26. Er ergänzt die maßgeblichen Beiträge, die bereits von den Mitgliedstaaten angekündigt wurden und bekräftigt die unterstützende Rolle der EU für die informelle Gruppe der Vorreiter bei der Anpassungsfinanzierung.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5886

Humanitäre Soforthilfe Flutopfer im Südsudan

Die Europäische Kommission hat humanitäre Soforthilfe in Höhe von 2 Mio. Euro für die Opfer der jüngsten beispiellosen Überschwemmungen in Südsudan bereitgestellt. Bislang sind schätzungsweise 40 Tote zu beklagen und insgesamt gibt es mehr als 750 000 Betroffene. Viele Menschen mussten aufgrund der Überschwemmungen in 31 der 78 Bezirke des Landes – darunter die meisten der von der Hungersnot betroffenen Gebiete – ihre Häuser verlassen. Prognosen zufolge könnten bis Ende des Jahres mehr als eine Million Menschen unter den Überflutungen leiden.

Die humanitäre Soforthilfe wird über den humanitären Partner der EU, die Internationale Organisation für Migration (IOM), bereitgestellt und dafür verwendet, verwundbare Bevölkerungsgruppen mit lebensrettendem Wasser und sanitären Maßnahmen, Unterkünften und wichtigen Non-Food-Artikeln zu versorgen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5783

Handelshilfe: EU nach wie vor größter Geber weltweit

Wie aus dem am 29.10.2021 veröffentlichten Bericht über die EU-Handelshilfe 2021 hervorgeht, wurde die EU-Hilfe zur Verbesserung der Handelskapazitäten der Partnerländer aufgestockt und unterstützte sie bei der Bewältigung der COVID-19-Pandemie. Eingebunden in das neue Konzept „Team Europa“ unterstützt die EU-Strategie für Handelshilfe die Umsetzung konkreter Verpflichtungen für den Übergang zu einer inklusiveren und umweltfreundlicheren Weltwirtschaft.

In dem Bericht über die Handelshilfe wird auch bestätigt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten mit 17,9 Mrd. Euro im Jahr 2019 der weltweit größte Geber von Handelshilfe sind, von der rund 140 Länder und Gebiete profitieren, die für öffentliche Entwicklungshilfe infrage kommen. Dies entspricht etwa 38 % der globalen Mittel für Handelshilfe und einem Anstieg um 12 % gegenüber 2018.

Die Stärkung der wirtschaftlichen Stellung der Frau, der Schutz der Umwelt und der biologischen Vielfalt sowie die Digitalisierung waren die Schlüsselbereiche der EU-Handelshilfe.

Afrika erhielt mit 43% weiterhin den größten Anteil der Mittel, gefolgt von Asien (21%), Europa – EU-Nachbarschafts- und Beitrittsländern – (13%) und Amerika (8%).

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5641

Stärkung der Europäischen Arzneimittel-Agentur

Das Europäische Parlament und der Rat haben am 28.10.2021 eine politische Einigung über eine verstärkte Rolle der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) bei Krisenvorsorge und -management in Gesundheitskrisen erzielt.

Durch das neue Mandat wird die EMA in die Lage versetzt, Engpässe bei Arzneimitteln und Medizinprodukten bei größeren Ereignissen und Notfällen im Bereich der öffentlichen Gesundheit genau zu überwachen und abzumildern und eine Schlüsselrolle bei der Erleichterung der Entwicklung und schnelleren Zulassung von Arzneimitteln zu spielen, mit denen eine Krankheit, die zu einer Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit führen könnte, behandelt oder verhindert werden kann.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5599

Gleichstellungsindex 2021: Europa kommt bei der Gleichstellung kaum voran

Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) hat am 28.10.2021 die Ergebnisse seines jährlichen Gleichstellungsindex veröffentlicht. Insgesamt hat die EU 68 von 100 Punkten erreicht, was einen Anstieg von nur 0,6 Punkten gegenüber der letztjährigen Ausgabe bedeutet. Der EIGE-Index zeigt auch große Unterschiede in der Bewertung der Geschlechtergleichstellung zwischen den einzelnen Ländern.

Schweden und Dänemark sind im diesjährigen Index erneut Spitzenreiter, gefolgt von den Niederlanden, die Finnland und Frankreich überholt haben und nun den dritten Platz belegen.

Die Werte für die Gleichstellung der Geschlechter sind von Land zu Land sehr unterschiedlich. Sie reichen von 83,9 Punkten in Schweden bis zu 52,6 Punkten in Griechenland. Deutschland liegt mit 68,6 Punkten auf Platz 10. Luxemburg, Litauen und die Niederlande haben sich seit der letztjährigen Ausgabe am stärksten verbessert. Slowenien war das einzige Land, das einen Rückschritt verbuchte.

Bei Beteiligung am Erwerbsleben liegt Deutschland mit 84,2 Punkten über dem europäischen Durchschnitt von 81,3 Punkten, bei finanziellen Mitteln mit 84,5 Punkte deutlich über den EU-Durchschnitt von 76,9 Punkten, ebenfalls bei Teilhabe an wirtschaftlicher (Deutschland: 64, 4 Punkte, EU27: 48,8 Punkte) und politischer Macht (Deutschland: 66,7 Punkte, EU27: 58,5 Punkte).

Der diesjährige Index konzentriert sich auf die psychische, sexuelle und reproduktive Gesundheit. In Deutschland schätzen 65% der Frauen ihre Gesundheit als gut ein, im europäischen Durchschnitt 66% der befragten Frauen. Die Lebenserwartung von Frauen liegt in Deutschland und Europa im Durchschnitt bei 84 Jahren, von Männern bei 79 Jahren.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/gleichstellungsindex-2021-europa-kommt-bei-der-gleichstellung-kaum-voran-2021-10-28_de

Türkei kann an wichtigen EU-Programmen für Forschung, Innovation und Bildung teilnehmen

Die Kommission hat am 27.10.2021 ein Abkommen mit der Türkei über eine engere Zusammenarbeit bei den Forschungs-, Innovations- und Bildungsprogrammen der EU unterzeichnet. Für den Zeitraum 2021-2027 wurde der Türkei der Status einer Assoziierung mit [Horizont Europa](#), dem Forschungs- und Innovationsprogramm der EU, [Erasmus +](#), dem EU-Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport und dem [Europäischen Solidaritätskorps](#) gewährt.

Somit können Forscher*innen, Innovatoren, Studierende, Schüler*innen, Auszubildende, Lehrkräfte und junge Menschen mit Sitz in der Türkei nun zu den gleichen Bedingungen teilnehmen wie Teilnehmende aus den EU-Mitgliedstaaten.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/turkei-kann-wichtigen-eu-programmen-fur-forschung-innovation-und-bildung-teilnehmen-2021-10-27_de

Erholung und Wachstum der Kultur- und Kreativbranche in Europa

Das [Europäische Innovations- und Technologieinstitut](#) (EIT) brachte am 26.10.2021 eine neue Innovationspartnerschaft in Form einer [Wissens- und Innovationsgemeinschaft](#) auf den Weg, um die Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstum der europäischen Kultur- und Kreativwirtschaft zu fördern. Die neue Partnerschaft wird dazu beitragen, die Erholung der entsprechenden Branchen zu beschleunigen und ungenutztes wirtschaftliches Potenzial in den Bereichen Architektur, Kulturerbe, Design, Mode, Film, Musik, Verlagswesen, darstellende Kunst und Videospiele zu erschließen.

Die zugleich veröffentlichte [Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen](#) bildet den Auftakt für die 9. EIT-Gemeinschaft mit der Bezeichnung „Culture and Creativity“, die voraussichtlich im Sommer 2022 starten wird. Mit diesen Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen ruft das EIT alle direkt oder indirekt in den einschlägigen Bereichen tätigen Partner – Unternehmen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen, NRO, Städte und Regionen – auf, ihre Visionen und Projekte zur Förderung von Innovation und nachhaltiger Entwicklung in der Kultur- und Kreativbranche vorzulegen. Die Frist für die Einreichung von Vorschlägen endet am 24.03.2022, und das EIT wird im November eine Reihe von Informations-Webinaren veranstalten.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5467

Konferenz zur Zukunft Europas: Ergebnisse der zweiten Plenarversammlung

Am 23.10.2021 standen in der zweiten Plenarversammlung der Konferenz in Straßburg die bisherigen Vorschläge der Bevölkerung im Mittelpunkt.

Die 80 Vertreter*innen der europäischen Bürgerforen nahmen ihre Sitze im Plenum ein, und die Gespräche drehten sich um folgende Vorschläge der Bevölkerung:

- erste Eindrücke, Themenbereiche und Unterthemen aus dem [europäischen Bürgerforum](#),
- Ergebnisse der [nationalen Foren und Veranstaltungen](#), vorgelegt von Vertreter*innen der Foren,
- die [20 beliebtesten Ideen](#) des [Europäischen Jugendevents](#), vorgelegt von Vertreter*innen des Events, und
- der [zweite Zwischenbericht über die mehrsprachige Online-Plattform](#).

Die Konferenz zur Zukunft Europas ist ein Beispiel für demokratische Teilhabe, das es in der EU so noch nie gab. Über die [mehrsprachige Online-Plattform](#) können alle Bürger*innen der EU ihre Vorschläge einreichen und so unsere gemeinsame Zukunft aktiv mitgestalten.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5501

Umfrage zum Europäischen Jahr der Jugend 2022 gestartet

Die EU-Kommission hat junge Menschen am 22.10.2021 dazu aufgerufen, ihre Erwartungen, Interessen und Vorstellungen zum Europäischen Jahr der Jugend 2022 mitzuteilen. Nach der Annahme des förmlichen [Vorschlags zum Europäischen Jahr der Jugend](#) soll die [Umfrage](#) dazu beitragen, die Themen und Aktivitäten zu klären, die sich junge Menschen vom Europäischen Jahr der Jugend wünschen. Die Umfrage bleibt bis zum 17.11.2021 geöffnet.

Europa braucht die Vision, das Engagement und die Beteiligung aller jungen Menschen, um eine bessere Zukunft zu schaffen, die grüner, integrativer und digitaler ist. Mit dem Europäischen Jahr der Jugend will Europa jungen Menschen mehr und bessere Chancen für die Zukunft bieten.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/europaisch-es-jahr-der-jugend-2022-eure-ideen-und-erwartungen-sind-gefragt-2021-10-22_de

EU-Katastrophenschutz feiert sein 20-jähriges Bestehen

Die Europäische Union feierte am 23.10.2021 das 20jährige Bestehen ihres EU-Katastrophenschutzverfahrens, das mehr als 500 Mal aktiviert wurde, um Hilfsmaßnahmen für Menschen, die von Naturkatastrophen und anderen Krisen in Europa und weltweit betroffen sind, zu koordinieren.

Dazu gehörte u.a. die millionenfache Lieferung von medizinischen Hilfsgütern während der COVID-19-Pandemie und die Beförderung von Notfallgütern nach Erdbeben und Überschwemmungen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5459

Kommission gestaltet Erasmus+ und Europäisches Solidaritätskorps inklusiver

Die Kommission hat am 22.10.2021 einen Rahmen angenommen, um das Programm Erasmus+ und das Europäische Solidaritätskorps für den Zeitraum 2021-2027 inklusiver und vielfältiger zu gestalten. Mit diesen Maßnahmen kommt Kommissionspräsidentin *von der Leyen* ihrer Zusage nach, beide Programme erheblich zu stärken. Es sollen nicht nur mehr Menschen in einem anderen Land lernen oder sich freiwillig engagieren können, sondern vor allem mehr Menschen mit geringeren Chancen erreicht werden.

Mit dem Rahmen für Inklusionsmaßnahmen ebnet die Kommission den Weg für einen gerechteren und inklusiveren europäischen Bildungsraum. Dem ersten Grundsatz der europäischen Säule sozialer Rechte, dem zufolge jeder Mensch ein Recht auf allgemeine und berufliche Bildung und lebenslanges Lernen von hoher Qualität und in inklusiver Form hat, trägt sie Rechnung.

Die Maßnahmen für das Programm Erasmus+ und das Europäische Solidaritätskorps umfassen:

- Gezielte finanzielle Unterstützung;
- Individuelle Teilnehmerunterstützung in allen Phasen des Programms;
- Unterstützung teilnehmender Organisationen;
- Flexibleres Lernangebot;
- Priorität im Auswahlverfahren;
- Klarere Kommunikation und Berichterstattung.

Über die [nationalen Agenturen](#) für Erasmus+ und das Europäische Solidaritätskorps wird sie die Umsetzung dieser Inklusionsmaßnahmen auf nationaler Ebene genau überwachen. Damit die Programme auch im nationalen Kontext zugänglicher werden, arbeiten die nationalen Agenturen auf der Grundlage dieses allgemeinen Rahmens für Inklusionsmaßnahmen eigene Aktionspläne für Inklusion aus. Ein Netz von Beauftragten für Inklusion und Vielfalt wurde bereits in den nationalen Agenturen eingerichtet, um die Arbeit und den Austausch bewährter Verfahren zu erleichtern.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5402

Portfolio mit den zehn aussichtsreichsten COVID-19-Therapeutika

Als eine der Prioritäten der EU-Strategie für COVID-19-Therapeutika hat die Kommission am 22.10.2021 ein Portfolio von zehn potenziellen COVID-19-Therapeutika erstellt. Diese Liste ist aus einer unabhängigen wissenschaftlichen Beratung hervorgegangen und konzentriert sich auf COVID-19-Arzneimittelkandidaten, deren Zulassung wahrscheinlich ist und die daher bald auf dem europäischen Markt erhältlich sein werden. Nachdem ihre Sicherheit und Wirksamkeit von der Europäischen Arzneimittel-Agentur bestätigt wurden, werden Patient*innen in der gesamten EU sobald wie möglich mit diesen Therapeutika behandelt werden.

Die Impfung gegen COVID-19 bietet den besten vorbeugenden Schutz vor einer Infektion, schweren und tödlichen Verläufen und vor den langfristigen Folgen der Erkrankung. Dies ist die beste Möglichkeit, die Pandemie zu beenden und wieder zu einem normalen Leben zurückzukehren, doch parallel dazu wollen wir sicherstellen, dass für infizierte Personen auch die besten COVID-19-Heilmittel zur Verfügung stehen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5366

Arbeitsprogramm der Kommission für 2022

Die Kommission hat am 19.10.2021 ihr [Arbeitsprogramm für 2022](#) angenommen, in dem die nächsten Schritte ihrer ehrgeizigen Transformationsagenda hin zu einem grüneren, gerechteren, digital besser aufgestellten und resilienteren Europa nach Überwindung der COVID-19-Krise dargelegt sind.

Dieses Arbeitsprogramm enthält 42 neue politische Initiativen zu allen sechs übergreifenden Zielen der [politischen Leitlinien](#) von Kommissionspräsidentin *von der Leyen*, die auf ihrer [Rede zur Lage der Union](#) des Jahres 2021 aufbauen. Zudem werden Erkenntnisse aus der beispiellosen Pandemiekrise aufgegriffen, wobei der jungen Generation im Wege des vorgeschlagenen [Europäischen Jahres der Jugend 2022](#) besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5246

Digitales COVID-Zertifikat der EU

Die Kommission hat am 18.10.2021 einen Bericht über das [digitale COVID-Zertifikat der EU](#) und seine EU-weite Umsetzung angenommen. Der Bericht zeigt, dass das digitale COVID-Zertifikat der EU mit mehr als 591 Mio. ausgestellten Zertifikaten ein entscheidendes Element der Reaktion Europas auf die COVID-19-Pandemie ist.

Das Zertifikat, das COVID-19-Impfungen und -Tests sowie die Genesung von COVID-19 umfasst, erleichtert Bürger*innen sicheres Reisen und ist auch entscheidend für die Unterstützung der stark betroffenen europäischen Tourismusbranche. Das digitale COVID-Zertifikat der EU ist ein weltweiter Erfolg: Es hat einen globalen Standard gesetzt und ist derzeit das einzige System, das auf internationaler Ebene bereits in Betrieb ist. 43 Länder auf vier Kontinenten sind dem System angeschlossen, weitere werden in den kommenden Wochen und Monaten folgen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5267

■ Veranstaltungen

EU-Jugendprogramme: Projektwerkstatt für junge Menschen

Die Nationale Agentur Jugend für Europa lädt vom **07.-09.01.2022** zur Projektwerkstatt für junge Menschen in Hannover ein.

Im Rahmen der Projektwerkstatt werden:

- die EU-Fördermöglichkeiten der Solidaritätsprojekte (Europäisches Solidaritätskorps) und der Jugendpartizipationsprojekte (Erasmus+ Jugend) vorgestellt,
- gemeinsam neue Projektideen entwickelt oder weiterentwickelt;
- die Schritte von der Antragstellung bis hin zur Umsetzung erläutert;
- Kenntnisse, Fähigkeiten und Einstellungen entwickelt, um basierend auf der Praxis des non-formalen Lernens, Solidaritätsprojekte oder Jugendpartizipationsprojekte zu entwerfen und zu organisieren;
- Grundlagen zur Projektplanung trainiert;
- Solidarität, Demokratie und Jugendbeteiligung reflektiert.

Eingeladen sind junge Menschen von 18 bis 30 Jahren. Es ist möglich und gewünscht, dass bis zu drei Personen aus der gleichen Gruppe / dem gleichen Projekt an der Projektwerkstatt teilnehmen. Die Anmeldung ist bis zum **05.12.2021** möglich.

Reisekosten werden abzüglich der Teilnahmegebühr von 10 Euro auf Basis der kostengünstigsten Verkehrsmittel und Nutzung der günstigsten Tarife (2. Klasse, Sparpreis etc.) anhand der Originalbelege erstattet.

Weitere Informationen:

<https://www.jugendfuereuropa.de/veranstaltungen/projektwerkstatt-machen-nicht-nur-reden-2022/>

Europäische Städtepartnerschaften entwickeln

Die Kontaktstelle für Fördermöglichkeiten für kommunale Partnerschaften im EU-Programm CERV (Citizens, Equality, Rights and Values – Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte) lädt am **07.12.2021** zu einem hybriden Fortbildungsangebot für kommunale Vertreter*innen und Ehrenamtliche aus Städtepartnerschaften ein.

■ November 2021

Die Veranstaltung findet von 10:30 - 15:30 Uhr statt (Bonn und Online).

Das Seminarangebot für Städtepartnerschaften widmet sich den Herausforderungen in der Städtepartnerschaftsarbeit, z.B. der Einbeziehung junger Menschen oder der Entwicklung neuer Themen.

Dazu stellt das Team der Kontaktstelle die Fördermöglichkeiten für kommunale Partnerschaften im EU-Programm CERV vor und berät zum aktuell offenen Aufruf für Bürgerbegegnungen und Netzwerkprojekte.

Nach der Anmeldung wird per E-Mail erfragt, ob Sie vor Ort (Teilnahmegebühr 55 Euro) oder per Zoom (Teilnahmegebühr 10 Euro) teilnehmen wollen.

Weitere Informationen: <https://www.kontaktstelle-cerv.de/termine/europaeische-partnerschaften-entwickeln-aber-wie-2021-12-07-10>